

Militären, besondere Maßregeln zu treffen. Sie werden die gleichen Vorsichtsmaßregeln treffen, wie sie Bismarck im Jahre 1871 gegen eine mögliche Volkserhebung in Frankreich getroffen habe.

Englands wichtigste Bedingungen. Daily Mail schreibt über die Friedensverhandlungen: Soweit England in Betracht kommt, wird eine seiner wichtigsten Forderungen bei Friedensschluß sein, daß die deutschen Arbeiter- und Soldatenräte aufhören, gesetzliche Befugnisse, die nur der Gesamtheit des Volkes zustehen, auszuüben. England als Ustland für politische Flüchtlinge müsse sich gegen die Welle des Bolschewismus sichern, die gegenwärtig über Deutschland zieht.

Walfour über die Friedensausichten. Nach einem Londoner Telegramm sprach Walfour am Dienstag zu den Vertretern der Dominionen über die Ausichten eines baldigen Friedens. Er erklärte England will seit drei Jahren den Frieden, aber die deutschen Machthaber haben den Krieg bis zu ihrer Selbsterlöschung fortgesetzt. Wir wollen das deutsche Volk nicht strafen, aber wir müssen Garantien haben, daß die deutsche Regierung eine endgültige ist und den Willen des ganzen Volkes zum Ausdruck bringt, und daß die früheren Machthaber niemals zurückkehren.

Geddes beziffert die Gesamtsumme auf 100 Milliarden Mark. Der erste Lord der englischen Admiralität Sir Eric Geddes äußerte in einer öffentlichen Rede: Der Betrag, den Deutschland als Schadenersatz zu leisten habe, dürfte 5000 Millionen Pfund Sterling gleich 100 Milliarden Mark erreichen.

Die Entente und die deutsche Republik.

Wie wir erfahren, wollen die in Berlin vertretenen Gesandtschaften die Anerkennung der neuen deutschen Regierung noch nicht aussprechen, sondern vielmehr die Bestätigung der jetzigen Regierung durch die Nationalversammlung in angemessener Frist abwarten.

Der „Herald“ meldet aus New York: Im Kongreß stellte Lansing die Notwendigkeit von Maßnahmen der Alliierten gegen den zunehmenden Bolschewismus in Deutschland mit, falls eine deutsche Regierung nicht Garantien für Sicherheit und Ordnung geben werde. Der Präsident habe die Hoffnung, daß letztere möglich sein würden.

Die Schweiz erkennt die bayerische Regierung nicht an. Der bayerische Kurier meldet von zuverlässiger Seite: Die Schweizer Regierung hat den von der jetzigen bayerischen Regierung ernannten Gesandten Professor Forster nicht anerkannt und stellt sich auf den Standpunkt, daß sie auch ihrerseits die jetzige bayerische Regierung nicht anerkennt. Die Schweizer Regierung will den diplomatischen Verkehr mit dem früheren bayerischen Gesandten v. Böhm aufrechterhalten, der auch seinerseits die jetzige bayerische Regierung nicht anerkennt.

Cloners Stellung erschüttert? Nach Mitteilungen, die der Vorwärts von vertrauenswürdiger Seite erhält, scheint die Stimmung gegen die Regierung Cloner in Bayern so stark geworden zu sein, daß die Neubesezung des Ministerpostens in Bayern in den Bereich greifbarer Möglichkeiten gerückt ist.

Clemenceau verteilt bayerisches Gebiet. Der französische Ministerpräsident Clemenceau hat, wie die „Mündl. Neuesten Nachrichten“ zuverlässig erfahren, dem neuen tschech.-slowakischen Staat die Aussicht auf territorialen Zuwachs auf Kosten Bayerns eröffnet. Es handelt sich um beträchtliche Gebietsstücke der Provinz Niederbayern und der Pfalz.

Das Schicksal unserer Flotte. Nach einer Meldung des Holländisch Neuwes Bureau aus Washington wird in dortigen Kreisen der Plan erwogen, die deutschen Kriegsschiffe zu versenken, weil sonst wegen der Art ihrer Verteilung ein Streit unter den Alliierten entstehen könne. Nachdem man nun aber die Ansicht gewonnen hat, daß eine Entgung erzielt werden kann, will man von der Versenkung absehen, zumal die Schiffe einen großen Wert haben. Die Schiffe könnten schließlich auch für Friedenszwecke umgebaut werden.

Admiral Browning gegen den Aeler A. und S. R. Das englische Geschwader wird am Sonnabend (heute) vormittag in Kiel eintreffen. Der Gouverneur Noke teilte in einer Versammlung mit, der Führer der zu erwartenden Entente-Kommission, der englische Admiral Browning, habe es abgelehnt, mit dem Aeler Arbeiter- und Soldatenrat zu verhandeln.

Internierung der Armees Madenfen. Eine Drahtmeldung der D. P. A. aus Budapest berichtet: Die Armees Madenfen, bestehend aus ungefähr 170000 Mann und zahlreichem Kriegsmaterial wird in Ungarn interniert. Dieser Beschluß wurde im gestrigen Ministerrat auf Wunsch der französischen Regierung gefaßt. In Übereinstimmung mit dem Zwangslage hat Madenfen seine Einwilligung dazu gegeben.

Kleine politische Meldungen.

Siebenbürgen sagt sich von Ungarn los. Der Matin meldet aus Rumänien: Siebenbürgen hat beschlossen, sich endgültig von Ungarn zu trennen. Unter der Führung Rantus wurde eine Nationalregierung ernannt, die Ungarn ein Ultimatum stellt, und zwar besteht, daß Ungarn sich mit der Angelegenheit als mit einer vollenbenen Aufgabe abfinden soll. Ungarn verweigerte dies, weshalb die Rumänen in Siebenbürgen von ihrem Vorhaben abgingen.

Amerikanische Pressevertreter in Berlin. Die ersten amerikanischen Pressevertreter sind in Berlin eingetroffen. Einer von ihnen teilte mit, daß sie Deutschlands Lebensmittelnot be-

reits nach Amerika gelandet haben. „So wissen also“ so fuhr der Berichterstatter fort, „heute Millionen Amerikaner, wie es in Wirklichkeit in Deutschland aussieht, und wir hoffen, fügte er mit verächtlichem Achseln hinzu, daß man uns in Deutschland unsere selbständige Handhabung gewisser Formalitäten daraufhin eher vergeben wird.“ Die ehemalige deutsche Kaiserin in Holland. Die frühere deutsche Kaiserin kam am Donnerstag früh 7.10 Uhr in Genoa an. Um 7.22 Uhr fuhr der Zug nach Maarn ab. Die Kaiserin begab sich von dort aus im Automobil nach Schloß Amerongen. An der Grenze hatte sie sich von ihrem deutschen Gefolge verabschiedet. Nur die Gräfin Keller blieb bei ihr. Die Kaiserin will das Schicksal ihres Gatten teilen. Der Potsdamer Soldatenrat hatte die Kette genehmigt. — Wie der Berichterstatter der „Woll. Zig.“ in Rotterdam erzählt, ist die Kaiserin auf Einladung der holländischen Regierung dorthin gekommen.

Bauernaufbruch in Rumänien. Aus Wien erfährt die „Färher Morgenst.“: Die Nachricht von Bauernrevolten in Rumänien wird bestätigt. Ebenso wie im Jahre 1907 brennen zur Zeit ganze Straßengänge in Bukarest.

Der König von England in Paris. Der Schwitzer Telegraph meldet aus Paris: „Der König von England ist am Donnerstag in Paris eingetroffen. Er stazte dem kaiserlichen Kinde einen Besuch ab und konferierte mit Voicars und Clemenceau. Der König war in Paris Gegenstand lebhafter Rundgebungen. Um 10 Uhr fand im Elysee großer Empfang statt, wobei der König und Voicars Ansprachen hielten. Der König wird alsdann die besetzten Gebiete an der Front besuchen.“

Schwere Ausschreitungen in Oberschlesien. Der Streik in Oberschlesien ist aufs Schärfste aufgeflammt; auf dem „Gräfin-Johanna“ und „Wotthardt“-Schacht haben schwere Ausschreitungen stattgefunden. Auf dem „Gräfin-Johanna“-Schacht wurden der Direktor und mehrere Beamte schwer verletzt. Die Grubenarbeiter verlangten zuerst 18 M. Schichtlohn; als das demüßigt wurde — 25 M., außerdem Umwegen von Lebensmitteln. Auch auf anderen Gruben Schließens hat die Streikbewegung einen ersten Charakter angenommen. Es kam wiederholt zur Sabotage. So meldet ein Drahtbericht aus Swuthen schwere Ausschreitungen aufständiger Grubenarbeiter. Bei der gestrigen Frühstückstisch standen von 85 ober-schlesischen Gruben 20 im Ausstand.

Das Endergebnis der 8. Arleganzleihe. Nach Mitteilung des Reichsbankpräsidenten stellt sich das Endergebnis der 8. Arleganzleihe mit Ausschluß der noch ausstehenden letzten Teilzahlungen nach einiger Rücksicht auf rund 10433979 700 M., darunter 2648884 700 Mark Schuldbuchzeichnungen und 1189888 700 Mark 10-prozentige Staatsanleihen, ein Endergebnis, das ungefähr der schweren Not unseres Volkes, in der sie geschmet wurde, wenn sie auch nicht hinter der 8. zurückbleibt, doch als hochbetriebliegend und über alle Erwartungen hinausgehend angesehen werden darf.

Verpflichtende Abkündigung des Königs von Württemberg. Die Abdankung des Königs Wilhelm von Württemberg steht, wie von der neuen Regierung naheliegenden sozialdemokratischen Schluß. Tagewacht gemeldet wird, unmittelbar bevor. Das Blatt bemerkt, daß man erwarten dürfe, daß auch der Thronfolger Herzog Albrecht den Thronverzicht ausspreche, solange er noch Kräfte genug habe, dies freiwillig zu tun.

Die Welschung Ungarns. Der ungarische Arleganzminister hat erklärt, daß die Ankunft der französischen Truppen in zwei bis drei Tagen zu erwarten sei. — Die Bevölkerung der siebenbürgischen Gebiete, die unter der Welschung durch die Rumänen sehr schwer zu leiden hat, hatte sich an die Regierung mit der Bitte gewandt, daß Siebenbürgen so schnell wie möglich von französischen Truppen befreit wird.

Eine Erklärung deutscher Juden. Die unterzeichneten Verbände, welche die überlegende Mehrheit der Deutschen jüdischen Glaubens in sich vereinigen, erklären im Gegenlag zu dem Standpunkt der einen Bruchteil unserer Glaubensgenossen vertretenden Zionisten, daß sie sich als unabhngliche Weltbürger des deutschen Volkes fühlen, daß sie eine Glaubensgemeinschaft, nicht aber ein jüdisches Volk in Deutschland sind und jeder Absonderung widerstreben. Verband der deutschen Juden, Deutsch-Judaistische Gemeindebund, Zentralverein deutscher Staatsburger jüdischen Glaubens.

Die Stellung Dr. Solfs. Die Beratungen über die Solfsche Angelegenheit wurden am Donnerstag nachmittag im Kabinettsrat zurückgestellt, da whligere Aufgaben drängten. Die Nachricht, daß Solf seine Demission eingereicht hätte, ist unrichtig. Sollte er schließlich gleichwohl gehen, so wäre das keinesfalls auf das Ministerium bezogen, sondern auf seinen Gegenlag zu Hause zurückzuführen, den hier bereits auf der Reichskonferenz erwähnt hat. Sämmtliche Beamte der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes haben sich mit Staatssekretär Dr. Solf solidarisch erklärt.

Neue Männer im preussischen Justizministerium. Von der preussischen Regierung sind an Stelle des bisherigen Justizministers Dr. Spahn die Rechtsanwlter Dr. Kurt Rosenfeld und Wolfgang Behne mit der Leitung des Justizministeriums beauftragt worden. Behne ist bisher durch anderwrtige Verpflichtungen, die er in Anbndel übernommen hat, daran verhindert, die Geschäfte zu übernehmen. Rosenfeld trat gestern sein Amt an und verpflichtete die Beamten und Angestellten des Justizministeriums auf die neue Regierung.

Von Stadt und Land.

Aue, 30. November.

b. Adventsgebrulen. Noch kuscht es hinter uns von den Trauerweiden des Totensonntags, aber trotz aller Tränen, trotz alles Sehns nach dem frohen vergangenen Menschenherzens tönt heute kein frohlicher Willkommengru den heimkehrenden Kriegern entgegen. Mit Blumen und Kränzen, mit grünen Gewinden und bunten Fahnen hast Du ihre Straße geschmückt, und Du selbst harst mit tausend anderen auf die Ankunft derer, die unsägliche Entbehrungen und Gefahren ertragen und nun nach langer Trennung heimkehren in den he erkämpften Frieden ihrer Heimat, ihrer Familie. Aber siehst Du auch den, der da in dem langen Zug mit einhergeht? Der Friedefirst selber ist's, der Frieden bringen möchte auf den geschlagenen Menschenherzen. Und wenn Du morgen früh den letzten Novemberzettl vom Block abreißen wirst, da steht er schon vor Deiner Türe und klopf auch bei Dir an. Advent ist's geworden! Welch ein Gemisch von Stimmungen, das in uns lebendig wird! Freundschaftliche Einmurrungen an seltsame Kinderlust werden wieder wach, längst vergessene Gestalten treten wieder vor unser Auge. — Aber zum Träumen ist keine Zeit. Die Herzen auf! so mahnt der heilige Advent. Die Herzen auf für die Liebe! Wie viele Wunden alle's zu verbinden, wie viele Tränen zu trocknen, wie viele Schmerzen zu stillen und Nöte zu lindern! Der Advent erinnert Dich aufs neue an Deine Pflicht, die Du Deinem Nächsten gegenüber zu erfüllen hast. Die Herzen auf für den Glauben! Den Glauben, das über den Sternen eine ewige Vaterliebe wohnt, die auch in Trübsal und Not ihrer Menschenkinder nicht vergiht. Den Glauben, das über der dunklen, blutigen Welt, voll Kummer und Herzleid, uns ein ewiges Vaterhaus bereitet ist. Liebe und Glaube wollen einziehen. Wohlan, öffne Dein Herz — und stille wird's drin werden; stark und mutig wird es bleiben auch in den gegenwärtigen Tagen der Not und Sorge.

Die heimkehrende Truppe sind, wie wir hören, weiter gestiftet worden von der Firma S. Wollf hierseht 500 Mark.

Die Lebensmittelvorschriften bleiben in Kraft. Dem Vernehmen nach ist bei der Bevölkerung, insbesondere auch auf dem Lande die Ansicht verbreitet, daß mit dem Eintritt der neuen Regierungsform die bisherigen Lebensmittelvorschriften außer Kraft getreten seien. Solchen falschen Gerüchten muß mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden. Die Bevölkerung wird darauf hingewiesen, daß die genaue Einhaltung der Vorschriften, über die Abgabe von Nahrungsmitteln nur gegen Karten, Verflterungsverbote usw. im gegenwärtigen Augenblick muß verschärft werden und eine Stckung der Lebensmittelversorgung in den wichtigsten Verbrauchsgebieten vermieden werden soll. Wann die von den Ententelndern in Aussicht gestellte Zufuhr von Lebensmitteln eintreffen und zur Verteilung kommen kann, und wie groß diese Mengen bemessen sein werden, steht noch in keiner Weise fest. Nur die strikte Aufrechterhaltung unseres Ernährungssystems und die Beachtung der erlassenen Vorschriften kann das deutsche Volk vor der Hungersnot bewahren.

Verein der Fortschrittlichen Volkspartei für Aue u. U. Im Hofl. Blauer Engel hielt gestern Freitag nachmittag der Verein der Fortschrittlichen Volkspartei für Aue u. U. eine Hauptversammlung ab. In ihr vollzog der Verein einstimmig seinen Beitritt zur deutschen demokratischen Partei; er fhrt in Zukunft den Namen „Deutscher Demokratischer Verein für Aue u. Umg.“ Im Anschluß an das Referat des Herrn Oberlehrer Se wurde folgende Entschließung angenommen: „Der Deutsche Demokratische Verein für Aue u. Umg. ist zu einer Verschmelzung mit dem von dem demokratischen Ausschuß für die Nationalversammlung gegründeten demokratischen Wahlverein für das Erzgebirge auf dem Boden der Deutschen Demokratischen Partei bereit.“ Im Schlufwort wurde die Notwendigkeit betont, sich politisch zu organisieren, damit die deutsche Demokratie den ihr gebührenden Einfluß auf die Gestaltung der Verhältnisse im neuen Deutschland auszuüben vermag. Die errungene politische Freiheit bringe für jeden Deutschen die Pflicht mit sich, einen politischen Verein beizutreten.

Änderung des neuen sächs. Gemeindevahlrechts. — Wahltag erst 9. Februar. Mehrfache Wünsche aus der Mitte der Gemeinden haben das Gesamtministerium veranlaßt, die Bekanntmachung vom 23. Nov. ber die Wählen zu den Gemeindevertretungen in einigen Punkten abzuändern. Der Usatz über Verhältniswahl erhält folgende geänderte und getrigzte Fassung: Das Verfahren der Verhältniswahl regelt sich nach den Bestimmungen in §§ 10—15 des Reichsgesetzes vom 24. August 1918 (Reichsgesetzblatt Seite 10 bis 79). Anstelle der Bestimmungen in §§ 7—9 dieses Gesetzes tritt ortsgesetzliche Regelung. Auch im übrigen sind vorbehältlich späterer gesetzlicher Regelung die für das Reichstagswahlrecht geltenden Vorschriften entsprechend anzuwenden, soweit vorliegend nichts anders bestimmt ist. Jedoch können Fristen und Formen, die das Reichstagswahlrecht vorschreibt, durch Ortsgesetz abweichend geregelt werden. Die Whligkeit umfaßt die Tagesstunden 9—8 (vorher 10—6) Uhr. Ihre Abkrtzung durch Ortsgesetz ist zulässig. Die zur Ausführung dieser Bekanntmachung erforderlichen ortsgesetzlichen Bestimmungen sind ohne Verzug zu erlassen. Wo zur Zeit die Stadtverordneten oder der Stadtgemeinderat oder der Gemeinderat aufgelöst sind, ist in Städten mit rev. Stdtordnung der Stadtrat, im übrigen der Bürgermeister oder der Gemeinderat beauftragt, die erwähnten ortsgesetzlichen Bestimmungen nach gutachtlichem Gehör von Vertretern bestehender drilcher Arbeiter- und Soldatenräte zu erlassen. In allen Gemeinden müssen die Neuwahlen spätestens am 9. Febr. stattfinden. Frühere Wählen sind zulässig. Die Stadtverordneten und Gemeindevertreter, die sich zurzeit im Amte befinden, haben dieses bis nach Durchführung der Neuwahlen fortzuführen. Diese Bekanntmachung hat Befestkraft und Geltung bis zum Erlass eines Reichsgemeindevahlgesetzes.

Die weitere Tätigkeit der Gemeindevertretungen bis zur Neuwahl und die Befugnisse der W. und S. Rte. Das sächsische Gesamtministerium erklärt über die weitere Tätigkeit der Gemeindevertretungen bis zu deren Neuwahl und über die Befugnisse der W. und S. Rte vom 27. November 1918 folgende Bekanntmachung: 1. Zur Bekämpfung der steigenden Gefahren, die der Volkswirtschaft und der Nahrungsmittelversorgung drohen, ist eine geordnete Fortführung der behördlichen Geschäfte unbedingt erforderlich. Die bisherigen Gemeindevverwaltungen müssen daher solange bestehen, bis nach der Bekanntmachung des Gesamtministeriums vom 28. November 1918 auf Grund von Neuwahlen die neuen, demokratischen Gemeindevertretungen zusammengetreten sind. Den drilichen W. und S. Rten kann eine Befugnis zur vorzeitigen Aufhebung der Gemeindevertretungen nicht eingeräumt werden. Ihnen stehen nur die Kontrollrechte zu, die durch die Revolution auf sie übergegangen. Stellen sich Gemeindevertretungen, denen vorläufig noch ihre Befugnisse belassen sind, der Durchführung der Anordnungen der Volksbeauftragten entgegen, so haben die W. und S. Rte das Recht der Beschwerde beim Volksbeauftragten für das Ministerium des Innern, der das Ntliche verfigen wird. Die Entschließung muß unbedingt den Volksbeauftragten an den Zentralstellen vorbehalten bleiben. 2. Die Neuordnung der Bezirksauschsse und Bezirksversammlungen erfolgt organisch mit der Verwaltungsreform. Bis dahin ist gem der Verordnung vom 18. Nov. 1918 auch bei diesen Neuverfassungen nur die Kontrolle durch Zuziehen von Mitgliedern des am Ort der Unteraufsichtmannschaft gebildeten W. und S. Rates auszuüben. 3. Ebenso haben die Eingriffe in die bestehende Ordnung von Kirche und Schule so lange zu unterbleiben, als die Neuordnung der Verhältnisse, die vorbereitet wird und u. a. die Trennung der Kirche vom Staat bringen soll, nicht gescheitlich durchgeführt ist. Insbesondere haben die W. und S. Rte keine Befugnis zur Entsetzung von Pfarrern, Lehrern und Beamten. Beschränkt gegen solche